

Macrons letztes Aufgebot hat eine explizite bürgerliche Schlagseite

Die neue Regierung soll Macrons Endspurt bis zu den Präsidentenwahlen 2022 begleiten. Der liberale Staatschef stützt sich dabei vor allem auf Gefährten des konservativen Hardliners Sarkozy. Der neue Innenminister hat obendrein eine Justizerhebung wegen des Verdachts auf sexueller Nötigung am Hals. Der neue Justizminister ist ein Gegner des Sondergremiums der Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Finanzkriminalität.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Es ist Emmanuel Macrons buchstäblich letztes Aufgebot, das soeben ins Amt gelangte. Mit diesem, zu einem Drittel erneuerten Regierungsteam will Frankreichs liberaler Staatschef die restlichen 21 Monate bis zu den nächsten Präsidentenwahlen bestreiten.

Die Rechnung kann aufgehen. Macron ist ein zäher Kämpfer, der an seiner Mixtur aus unternehmer-freundlichen Reformen und Neugestaltung der sozialen Abfederungen eisern festhält – trotz permanenten Gegenwinds, sei es nun der Gelbwesten-Aufstand, die Bahnstreiks gegen seine Rentenreform, die Schlappe seiner Partei bei den landesweiten Kommunalwahlen vor einer Woche und vor allem der Wirtschaftseinbruch in Folge des Corona-Lockdowns, der Frankreich einstweilen noch tiefer in den Abgrund zieht als die meisten der vergleichbaren Staaten.

Um diesen Endkampf zu bestehen, hat Macron innerhalb des politischen Lagersystems Frankreichs eine klare Wahl getroffen. Zwar hatte Macron seine politische Laufbahn als Wirtschaftsminister unter dem sozialistischen Präsidenten Francois Hollande begonnen und anschließend, als Präsidentschaftskandidat, vor allem Überläufer aus den Reihen der SP und der Grünen um sich geschart. Aber inzwischen ist seine Wählerschaft vor allem im Mitterechts-Bereich angesiedelt und seine jetzige Regierung hat eine besonders explizite bürgerliche Schlagseite.

Die drei Schlüsselpersönlichkeiten der Regierung, der neue Premier Jean Castex, der – gleich gebliebene – Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und der neue

Innenminister Gerald Darmanin kommen nicht nur alle aus der konservativen Partei „Les Republicains“, sondern waren auch allesamt engste Mitarbeiter des bürgerlichen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Macron hat sich zuletzt regelmäßig und demonstrativ mit dem konservativen Hardliner Sarkozy ausgetauscht.

Dazu passt auch, dass Macron seinen treuesten Gefolgsmann, den Ex-Sozialisten und bisherigen Innenminister Christophe Castaner, auf Druck der Polizei-Gewerkschaften fallen ließ. Castaner, der die längste Zeit der Polizei in allen möglichen und unmöglichen Angelegenheiten die Stange gehalten hatte, leistete sich zuletzt doch noch einen Vorstoß gegen rassistische Ausfälle in den Reihen der Polizei und das Verbot einer riskanten Festnahme-Methode (ein Würgegriff, der inzwischen aber wieder auf Behördenweisung zulässig ist). Trotzdem kam es zu einer Welle von Polizei-Protesten gegen Castaner.

Aber Castaners Ablöse durch den bisherigen Budget-Minister, Gerald Darmanin, birgt eine besonderes Risiko. Eine Ex-Mitarbeiterin der Konservativen behauptet, sie sei 2009 bei Darmanin, damals einer der Partei-Beauftragten für Justizangelegenheiten, vorstellig geworden. Sie wollte, dass Darmanin in einem Konflikt mit ihrem Ex-Lebensgefährten zu ihren Gunsten in Justizkreisen interveniere. Der Politiker habe sie im Laufe dieser Kontakteaufnahmen „vergewaltigt“.

Darmanin gab die sexuelle Beziehung zu, behauptete aber, diese sei auf Initiative der Klägerin erfolgt. Das Anklageverfahren wurde von einem U-Richter bereits eingestellt, das Pariser Berufungsgericht ordnete aber im vergangenen Juni die Wiederaufnahme der Erhebungen gegen Darmanin an.

Seltsam mutet auch der Umstand an, dass Darmanin, der bei den Gemeinderatswahlen in der nordfranzösischen Stadt Tourcoing als Bürgermeister wieder gewählt wurde, dieses Amt zumindest vorerst nicht abgegeben hat. Dabei gilt eine derartige Doppelfunktion als Minister und Bürgermeister als unzulässig. Aber Darmanin machte aus seiner Verankerung im nordfranzösischen Krisengebiet einen Vorteil: „Im Umkreis des Präsidenten fehlt es an Personen, die zum volkstümlichen Frankreich sprechen, die Bier trinken und mit den Fingern essen“.

Gewagt ist auch die Nominierung des neuen Justizministers: der Staranwalt Eric Dupond-Moretti ist für seine deftigen Medien-Auftritte bekannt. Seine Ernennung zielt auf die Besänftigung der französischen Advokaten ab, die sich wegen

der Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron
mehrheitlich abgewendet hatten. Aber in Kreisen der Richter
gilt Dupond-Moretti als erbitterter Gegner der Justizgremien,
die sich mit Finanzkriminalität und Korruption beschäftigen.